

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linkswoerter-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

14. NOVEMBER 2018 NR. 135 12. JAHRGANG



Mit einem Kreisparteitag in Flöha hat der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN am 20. Juni die Vorbereitung auf das Wahljahr 2019 eingeleitet. Die Landesvorsitzende der LINKEN, **ANTJE FEIKS**, und der kulturpolitische Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN, **FRANZ SODANN**, sprachen zu den Teilnehmern der Beratung. Gewählt wurden u.a. die VertreterInnen des Kreisverbandes für den Europa-Wahlparteitag der LINKEN im Februar in Bonn, auf welchem das Wahlprogramm verabschiedet und die Kandidatenliste aufgestellt wird. Im Mittelpunkt der Beratung aber stand die Debatte über die kommunalpolitischen Leitlinien des Kreisverbandes. Sie bilden nach weiterer Diskussion die Grundlage für das Kommunalwahlprogramm der mittelsächsischen LINKEN. Mehr dazu in diesen LinksWorten.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. debattiert:

DER KREISPARTEITAG DER LINKEN BERÄT
KOMMUNALE SCHWERPUNKTE

2. informiert:

DIE KREISSTAGSFRAKTION DER LINKEN
MIT ANTRÄGEN ZUM ÖPNV

3. berichtet:

START DER INITIATIVE ZUM VOLKSANTRAG
ZUR GEMEINSCHAFTSSCHULE

2	editorial & volksantrag
3	kolumne & freiberger „zeitzeugnis“
4/5	titelthema 1: auswertung kreisparteitag und wahlvorbereitung
6/7	titelthema 2: aus der kreistagsfraktion
8	titelthema 3: volksantrag gemeinschaftsschule
9	debatte: was vor 100 Jahren geschah
10	unsere serie zur politischen bildung - beitrag -39 - : die Novemberrevolution in sachsen
11	wahlstab & glückwünsche & Jahrestage
12	termine & trauer & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 12. Dezember 2018. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 5. Dezember**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion:

Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine

Lauterbach, Michael Matthes, Robert Sobolewski,

Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer,

Hans Weiske (verantwort. i.S.d.P.)

Layout und Satz:

A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck:

Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG

Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

wir befinden uns im Jahresendspurt. Für den mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN wurde er mit dem Kreisparteitag am 20. Oktober eingeläutet. Neben diversen Wahlen diene er vor allem der Debatte über die von der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta vorgelegten kommunalpolitischen Schwerpunkte, auf deren Grundlage in den kommenden Monaten in enger Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion das Kommunalwahlprogramm des Kreisverbandes entstehen wird. Über den Kreisparteitag berichten wir ausführlich auf den Seiten -4- und -5-.

Inzwischen hat sich der kreisliche Wahlstab „warmgelaufen“, der sich bereits am 5. September konstituiert hat. Während ein Großteil der Aufgaben im Kreis- und in den Ortsverbänden im Frühjahr des kommenden Jahres ansteht, ist das brennendste Thema bereits jetzt die Gewinnung von KandidatInnen für die Wahl in die Kommunalvertretungen.

Zwischen 13. und 30. November findet die durch einen Landesparteitag beschlossene Mitgliederbefragung und der Mitgliederentscheid zur Landtagswahl 2019 statt. Wir haben in unserer Oktober-Ausgabe ausführlich darüber informiert. In diesen Tagen gehen allen Mitgliedern der LINKEN die Abstimmungsunterlagen zu. Wir appellieren, unbedingt an der Mitgliederbefragung teilzunehmen und die zur Abstimmung stehenden 15 Thesen (siehe dazu auch Seite -5-) entsprechend zu präferieren. Im Ergebnis bilden die sieben am höchsten bewerteten Thesen die Grundlage für die inhaltlichen Schwerpunkte zur Landtagswahl am 1. September 2019.

Die Kreistagsfraktion konzentriert sich - neben Informationen aus den öffentlichen Beratungen in den Ausschüssen - in der heutigen Ausgabe auf Informationen zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), in unserem Landkreis organisiert durch den Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS). Dieser wird durch einen Zweckverband geleitet, der mehr demokratischer Einflussnahme bedarf. Außerdem wird durch die Kreistagsfraktion der LINKEN ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr vorgeschlagen.

Wir hatten bereits in unserer September-Nummer darauf hingewiesen, dass wir uns im letzten Quartal dieses Jahres vor allem in unserer Serie zur politischen Bildung und Information ausführlich den Ereignissen in Deutschland vor 100 Jahren widmen werden. Im Mittelpunkt dabei die Novemberrevolution und der 100. Jahrestag der Gründung der KPD. Achim Grunke schreibt in seinem Beitrag über die Novemberrevolution in Sachsen. Sein Artikel im Oktober hat unseren Leser Peter Pöschmann aus Döbeln dazu veranlasst, seine Sicht auf die Dinge darzustellen. Außerdem setzen wir den im Oktober begonnenen Abdruck der Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN zur Gründung der KPD vor 100 Jahren fort. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir auch diesmal eine interessante und anregende Lektüre.

volksantrag „länger gemeinsam lernen“ - ich bin aktiv dabei

von RUTH FRITZSCHE

Nach langem Bemühen um die Schaffung einer Gemeinschaftsschule ist es der Linksfraktion im Sächsischen Landtag im Verein mit einem großen Bündnis endlich gelungen, einen Gesetzentwurf zur Einführung der Gemeinschaftsschule im Freistaat Sachsen auf den Weg zu bringen. Dem Bündnis gehören u.a. der DGB Sachsen, die GEW Sachsen, der Landeseltern- und Landeschülerrat Sachsen, die Grüne Jugend, die Jusos, die Linksjugend Sachsen und noch viele andere an. Was mir persönlich aber sehr wichtig erscheint: auch die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen beteiligen sich daran. In einem Beitrag für die „Freie Presse“ brachte Martin Dulig, Vorsitzender der SPD in Sachsen zum Ausdruck, er geht nur eine weitere Koalition mit der Union ein, wenn im Erfolgsfall auch die Union das Anliegen unterstützt. Wir werden sehen! Am 29.09. wurde auf einer Pressekonferenz der Startschuss gegeben und dazu aufgefordert, die nötigen Unterschriften zu sammeln. Für einen Volksantrag sind in Sachsen 40 000 Unterschriften erforderlich. **Wir als LINKE in Mittelsachsen haben die Sache sehr ernst genommen.** Schon zu unserer Regionalkonferenz am 1. Oktober haben wir den Ortsverbänden das dafür nötige Material übergeben. In Freiberg begannen wir am 4. Oktober mit der Unterschriftenaktion. Wir fanden an diesem ersten Tag ein aufgeschlossenes Publikum vor, das nicht nur unterschrieb, sondern auch zum Ausdruck gebracht hat, dass es sich über diese Aktion der LINKEN freut. Es sei ja einfach ein Wahnsinn, so wurde gesagt, dass z.B. Finnland das System der DDR intensiv studiert hat, unser Schulsystem in Ostdeutschland liquidiert wurde und jetzt Pädagogen nach Finnland fahren, um sich mit diesem finnischen System zu beschäftigen. Genosse Hans Weiske informierte darüber, dass er Listen zur Beratung des Heimatvereins Falkenau mitgenommen hat und dort alle Anwesenden unterschrieben haben. Wir haben in Freiberg die Unterschriftenaktion am 11.10., 18.10. und zum Aktionstag am 03.11.2018 fortgesetzt. Geplant sind weitere Info-Stände am 08.11., 10.11 in Freiberg und am 02.12. in Oederan. Neben den bereits gesammelten 127 Unterschriften aus Freiberg, die jetzt beim Pass- und Meldewesen der Stadt Freiberg liegen und ihrer Bestätigung harren, haben wir noch für andere Städte und Gemeinden annähernd 60 Unterschriften gesammelt, die wir den entsprechenden Stellen zustellen. Auch die Ortsverbände Flöha, Brand-Erbisdorf und Döbeln haben sich bereits aktiv an der Unterschriftenaktion beteiligt. Weitere Rückmeldungen liegen in der Kreisgeschäftsstelle z.Zt. leider noch nicht vor. Die Ortsverbände wurden aber über den Aktionstag am 03.11.2018 informiert. Wir in Freiberg haben weitere Listen an Genossen und Sympathisanten übergeben, die nun ihrerseits einen guten Beitrag im Interesse unserer Kinder leisten werden.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Bayern-Wahl, Hessen-Wahl. Die Unionsvorsitzende „verzichtet“ auf die erneute Kandidatur, die erklärte Voraussetzung für die Fortführung der Kanzlerschaft. Somit dürfte auch dies, nämlich die Kanzlerschaft mit Blick auf die nächsten Wochen zeitlich begrenzt sein. Die Naturwissenschaftlerin Angela Merkel handelt folgerichtig. Ihr fehlen die Voraussetzungen zur Führung des Landes. Ihre eigene Partei verlor die politische Kraft und verliert sie weiter. In der politischen Landschaft findet sich kein Partner.

Die „Meinungsbildungsorgane“ in deutschen Landen verbreiten das Bild, es liege einzig und allein an der Person Merkel. Die Leute folgen anscheinend. Die Willkommen-Selfies, das Wir-schaffen-das und das anschließende Handhabungs-Chaos stützen das Gefühl der Menschen. Oder ist es etwas Anderes, was in unserem Gemeinwesen vor sich geht? Zunächst sind es vage Vermutungen. In den folgenden Monaten gilt es genau zu beobachten, ob aus Vermutungen Tatsachen werden. Wie schnell Nachfolger auf der Bildfläche erschienen, läßt den Schluß zu: Es wurde auf die Situation hingearbeitet. Der Merz und der Spahn saßen in den Startlöchern. Natürlich die Frage: Wer hat darauf hingearbeitet? Unter den CDU-Mitgliedern herrscht Unbehagen über den Kurs. Überall? Nein - Nachdem die Ost-Ministerpräsidenten aus dem Westen durch solche aus dem Osten abgelöst wurden, merken diese, daß sie nach wie vor als Blockflöten behandelt werden. Nur diesmal innerhalb der CDU. Ein Kretschmer tickt eben anders und singt das Lied über Chemnitz nicht mit.

Denkt man an Merz, denkt man an Adenauer. Konrad meinte: Lieber ein halbes Deutschland ganz als ein ganzes Deutschland halb. Nun hat man ein ganzes Deutschland. Aber hat man es halb? Man hat es nicht mal mehr halb. Der Bundestag funktioniert nicht mehr wie in Bonn. In den Parteien sind die in Ost-Biographien erworbenen Erfahrungen nicht zu ignorieren, ja sie gewinnen an Einfluß. Schließlich die Bundeskanzlerin aus dem Osten. Sie hat zwar ihre Vergangenheit gründlich verleugnet, aber sie denkt logisch. Und dies merkt man. Kurzum - man ist nicht mehr Herr im Hause. Die Geschichte kennt solche Gegenbewegungen.

Die Gesellschaft in den „neuen Bundesländern“ ist anders. Und dies wegen ihrer gänzlich anderen Entwicklung. Sie entzieht sich der westlichen Zuchtrute. Auf die Anwürfe des Herrn Gabriel antworteten die Bürgerinnen und Bürger von Heidenau mit „Wir sind das Pack!“ Nun will man uns zu Ausländerfeinden und Rassisten stempeln. Nur - wir sind es eben nicht. Hat jemand über ausländerfeindliche Konflikte gehört, vietnamesische Gemüsehändler, türkische Döner-Bäcker und italienische Eiscafé-Betreiber betreffend? Oder andere Mitbürger mit Wurzeln außerhalb Deutschlands. Ja selbst, gegenüber den Flüchtlingen gab und gibt es Solidarität. LinksWorte berichtete darüber. (mm)

linke landtagsfraktion unterstützt „freiberger zeitzeugnis e.v.“

Die Erforschung, Bewahrung und Aufarbeitung der vor allem jüngeren Geschichte und der darin agierenden Menschen unserer Region sind die hauptsächlichen Ziele des Freiberger Zeitzeugnis e.V. Hauptschwerpunkt ist dabei die Zeit des Nationalsozialismus und der Umgang damit in der Nachkriegsgeschichte der DDR. Gründungsmitglied des Vereins ist federführend der Freiberger Geschichtsforscher Dr. Michael Düsing. Zahlreiche Publikationen stammen aus seiner Feder. Bezeichnend sind dabei die akribischen, langwierigen und umfangreichen Recherchen. Die 13 Vereinsmitglieder

die Zukunft zu übernehmen“, beschreibt Dr. Michael Düsing das Anliegen und die Hauptziele des Vereins. Anlässlich des 80. Jahrestages der Novemberpogrome 1938 veröffentlichte der Freiberger Zeitzeugnis e.V. jetzt eine Publikation mit dem Titel „Die Kristallnacht hat alles geändert“. In diesem Buch, das bereits in den Buchhandlungen der Stadt erhältlich ist, beschreibt Dr. Michael Düsing anhand zahlreicher sehr persönlicher Schicksale, wie die Nazis in den Novembertagen vor 80 Jahren auch in Freiberg die Lebensbasis für all jene Einwohner zerstörten, die nicht in das völkische und von Rassenwahn geprägtes Hass-Bild der Nazis passten. Er belegt dabei nach



Dr. Jana Pinka übergibt den Spendenscheck ihrer Fraktion an Vereinschef **DANIEL GROSSMANN** (links im Bild) und **DR. MICHAEL DÜSING** vom Freiberger Zeitzeugnis e.V. Mit dem Geld wird der Druck und die Veröffentlichung weiterer Publikationen unterstützt.

organisieren zudem Gespräche, Lesungen und Diskussionen mit Zeitzeugen der NS-Zeit und deren Nachkommen für die Freiberger Öffentlichkeit, aber auch in Bildungseinrichtungen der Region. „Unser Anliegen ist es, mit Menschen aller Altersgruppen in den Dialog zu treten, sie zu sensibilisieren, aus den Erfahrungen und den Gräueln der Vergangenheit zu lernen, ihre Wachsamkeit gegenüber aktuellen gesellschaftlichen Zuständen unserer Gegenwart zu wecken, ihre Bereitschaft zum aktiven Handeln zu fördern und auch und vor allem Verantwortung für

umfangreicher Recherche auch das aktive Handeln leitender NS-Kommunalpolitiker Freibergs. Am vergangenen Dienstag übergab unsere Landtags- abgeordnete Dr. Jana Pinka einen Scheck über 300 Euro an Dr. Michael Düsing und Vereinschef Daniel Großmann. Mit diesem Geld aus dem „Spendentopf von Links“, unterstützt die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag den Druck und die Veröffentlichung weiterer bereits geplanter Publikationen des Vereins zur Judenverfolgung in Freiberg in den Jahren 1933-1945. (ku)

Mit einem Kreisparteitag am 20. Oktober ist der Kreisverband der mittelsächsischen LINKEN in eine weitere Etappe der Vorbereitung auf die Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr eingetreten (siehe dazu auch unsere Titelseite). Durch die Wahl der VertreterInnen des Kreisverbandes für den Europa-Wahlparteitag der LINKEN im Februar in Bonn hatte der Parteitag zugleich den Status einer Kreiswahlversammlung. Auf dieser Seite berichten wir in Wort und Bild vom Kreisparteitag und dokumentieren die vorgelegten kommunalpolitischen Schwerpunkte „für ein soziales und friedliches Miteinander“, eingebracht von der Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**.

In der zweiten November-Hälfte findet die Mitgliederbefragung und der Mitgliederentscheid zur Landtagswahl 2019 statt. Am Erscheinungstag dieser Ausgabe der LinksWorte müssten bei allen Parteimitgliedern die Abstimmungsunterlagen vorliegen. Da sich nur der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, **RICO GEBHARDT**, für die Spitzenkandidatur beworben hat, stehen die 15 von der Antrags- und Redaktionskommission ausgewählten Thesen im Mittelpunkt. Auf der Grundlage der Präferenzierung durch die Parteimitglieder werden sieben von ihnen als inhaltliche Schwerpunkte des Wahlprogramms zur Landtagswahl am 1. September 2019 ausgewählt.

impressionen vom kreisparteitag am 20. oktober in flöha

Eröffnet wurde der Parteitag (es waren 88 Mitglieder anwesend) durch den Gastgeber: Volker Holuscha wurde im Frühjahr 2015 im 2. Wahlgang zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Flöha gewählt. Er hielt sich nicht lange mit der Vorrede auf, sondern kam sofort zur Sache. Das hatte er bereits am Vortag mit einem Interview für die Lokalredaktion der „Freien Presse“ getan.

Geprägt war der Parteitag vor allem durch Redebeiträge der Landesvorsitzenden der LINKEN, Antje Feiks, und den kulturpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Franz Sodann.

Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta begründete kommunalpolitische Schwerpunkte für die Wahlen im

kommenden Jahr, die unter dem Motto „Für ein soziales und friedliches Miteinander“ stehen. Diese waren zuvor im Kreisvorstand beraten worden. Nun besteht die Aufgabe darin, auf ihrer Basis, ergänzt durch Empfehlungen und Ergänzungsvorschläge in der lebhaften Diskussion sowie in enger Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion ein Kreiswahlprogramm zu formulieren. Die Kunst dabei: keine „Luftschlöcher“ zu bauen und sich auf Zielstellungen zu konzentrieren, die im Kreis wesentlich zu beeinflussen sind. (Die vorgelegten kommunalpolitischen Schwerpunkte sind nebenstehend veröffentlicht). Der Entwurf des Kreiswahlprogramms wird einem weiteren Kreisparteitag im Februar/März des kommenden Jahres zur Diskussion vorgelegt.

Aus der Sicht der Kreistagsfraktion be-



Auf dem Kreisparteitag wurde viel Politik gemacht: Die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (oben links) brachte kommunalpolitische Schwerpunkte ein, die Landesvorsitzende **ANTJE FEIKS** (oben rechts) sprach über die neuen Herausforderungen an DIE LINKE. Aktiv an der Debatte beteiligten sich der Flöhaer Oberbürgermeister **VOLKER HOLUSCHA** (unten links) und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag, **GOTTFRIED JUBELT**, (unten rechts).

richtet deren Vorsitzender Gottfried Jubelt über die seit 2014 organisierte Arbeit.

Was kaum aufgefallen ist: Der Parteitag war auch eine Kreiswahlversammlung. Denn zur Wahl standen u.a. die drei VertreterInnen des Kreisverbandes zum Europa-Parteitag der LINKEN, der voraussichtlich am 23. und 24. Februar 2019 in Bonn stattfinden wird. Dort wird das Europawahlprogramm beschlossen und die Kandidatenliste aufgestellt. Deshalb waren auch alle Genossinnen und Genossen eingeladen, die zwar im Landkreis Mittelsachsen wohnen, aber nicht in unserem Kreisverband organisiert sind. Leider hatte niemand von ihnen den Weg nach Flöha gefunden.

Gewählt wurden auch die zwölf Delegierten des Kreisverbandes zu den

Landesparteitagen der kommenden beiden Jahre und unsere beiden VertreterInnen im Landesrat. Während die Wahlen der VertreterInnen zum Europa-Parteitag und zu den Landesparteitagen mit der genügenden Zahl an BewerberInnen über die Bühne gingen, gab es bei der Wahl für den Landesrat einen dicken Wermutstropfen: Es fand sich keine Bewerberin für den weiblichen Teil des Duos. Jahrelang hatten Angelika Schubert und Peter Emmrich den Kreisverband im Landesrat vertreten. Angelika Schubert schied altersbedingt aus dem Gremium aus und wurde herzlich verabschiedet. Peter Emmrich kandidierte wieder. Mit Toni Christoph gab es aber einen jungen Mitbewerber. Dieser wurde mit der Mehrzahl der Delegiertenstimmen in den Landesrat gewählt. (hw)



Auf unseren Kreisparteitagen hält mit Unterstützung des Landesvorstandes mehr und mehr moderne Präsentationstechnik Einzug: hier während der Rede von **FRANZ SODANN**, des kulturpolitischen Sprechers der Landtagsfraktion der LINKEN.



Der stellvertretenden Kreisvorsitzenden **ANGELIKA SCHUBERT** (rechts im Bild) wird als bekennender Gysi-Fan für ihre langjährige Mitarbeit im Landesrat durch **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** ein künstlerisches Plakat von Gregor Gysi überreicht.

weichenstellung für die kommunalwahlen im kommenden jahr



Auf dem Parteitag gewählte Delegierte bzw. VertreterInnen (die stellvertretende Landesvorsitzende **JANA PINKA** konnte wegen einer dringenden Verpflichtung als Landtagsabgeordnete nicht am Parteitag teilnehmen, schickt aber eine Videobotschaft). Von links nach rechts **EYK FECHNER** (Waldheim), **DIETER KUNADT** (Leisnig), **ROBERT SOBOLEWSKI** (Geringswalde), **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (Roßwein), **RONNY KÜHNERT** (Burgstädt), **ROSWITHA SCHUBERT** (Brand-Erbisdorf), **CARMEN SCHOLTISSEK** (Frankenberg), **TORSTEN BACHMANN** (Mittweida) und **TONI CHRISTOPH** (Freiberg).

„für ein soziales und friedliches miteinander“ unsere kommunalpolitischen schwerpunkte

1. Demokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung: Wichtige politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse sollten grundsätzlich für die Bürgerschaft geöffnet werden. Transparenz und Teilhabe sollten gleichberechtigt zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ermöglicht werden. Insbesondere setzen wir uns für die Schaffung eines Bürgerhaushaltes auf Kreisebene ein.

2. Wirtschaft und Soziales sind zwei Seiten einer Medaille: Die Situation ist ernst, wenn wir uns alle statistischen Auswertungen aber auch Prognosen für Ostdeutschlands insgesamt und für Mittelsachsen im speziellem betrachten. Im Vergleich aller Landkreise schneidet Mittelsachsen sehr schlecht ab, sowohl im Durchschnittseinkommen als auch bei der Wirtschaftskraft. Das wird Auswirkungen für die zukünftige Entwicklung haben, vor allem wird es aber die hier lebenden Menschen treffen.

3. Frauenstarke und kinderfreundliche Kommunen: Jede zweite Frau ist armutsgefährdet. Dass liegt auch an der Billiglohnpolitik die diese Landesregierung jahrelang betrieben hat. Frauenförderung aber auch Kinder- und Jugendfreundlichkeit muss als Leitidee kommunalen Handelns verstanden werden, denn nur wer sich von klein

auf ernst genommen fühlt, kann auch lernen, was echte Demokratie bedeutet. Insbesondere setzen wir uns für ein kostenfreies Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen ein.

4. Für starke Kommunen in Europa: LINKE Kommunalpolitik ist sozial gerecht und nachhaltig. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe ermöglicht werden. Nachhaltigkeit heißt für uns, den kommenden Generationen ein lebenswertes Gemeinwesen zu hinterlassen. Insbesondere setzen wir uns für die Bewahrung des kommunalen Eigentums und für eine Offensive für öffentliches Eigentum ein, um auch in Zukunft noch Einflussmöglichkeiten im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge haben zu können. Darüber hinaus engagieren wir uns für die Schaffung eines landkreisweiten Europabüros.

5. Ärztemangel begegnen und Pflege sichern: Zu einer guten gesundheitlichen Versorgung in Mittelsachsen gehören Wohnortnähe, angemessen kurze Wartezeiten auf einen Termin und eine gute Notfallversorgung. Dafür wollen wir innovative Versorgungskonzepte und Polikliniken in Mittelsachsen fördern. Wir werden alle Maßnahmen um die Krankenhausstandorte in Mittelsachsen im Kreistag genau beobachten und hinterfragen,

um eine erneute Misswirtschaft zu verhindern. Letztendlich zeigt sich an diesem Beispiel, dass Gesundheit keine Ware ist. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens steht nicht nur einer guten Versorgung, sondern auch guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entgegen. Die Zwei-Klassen-Medizin wollen wir überwinden.

6. Perspektivisch kostenfreier ÖPNV: Trotz regelmäßiger Fahrpreiserhöhungen und einschneidender Sparmaßnahmen fehlen dem öffentlichen Personennahverkehr die Mittel für

den Betrieb der Busse und Bahnen auch hier in Mittelsachsen. Fakt ist, dass der ÖPNV auch zukünftig mehr Geld brauchen wird, welches keineswegs durch immer weiter steigende Fahrpreise zu kompensieren ist. Wir wollen daher langfristig den fahrscheinlosen ÖPNV einführen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, über den Nahverkehr von morgen nachzudenken, um gangbare Alternativen aufzuzeigen. Wir wollen die Einwohner des Landkreises Mittelsachsen einladen, mit uns über den öffentlichen Nahverkehr von morgen zu diskutieren.

Wie weiter mit Mitgliederbefragung und Mitgliedertrennung im sächsischen Landesverband der LINKEN

Die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Ende August hat den Weg für eine Mitgliederbefragung zu den inhaltlichen Schwerpunkten zur Landtagswahl 2019 frei gemacht. Ein solches Verfahren wird erstmals in unserem Landesverband durchgeführt – eine echte Pionierleistung also.

In Vorbereitung auf die Mitgliederbefragung fanden zwischen dem 1. Oktober und dem 15. November 13 Regionalkonferenzen statt. Die erste dieser Regionalkonferenzen wurde in Döbeln durchgeführt. Wir haben in unserer Oktober-Ausgabe ausführlich darüber berichtet.

Die „Kür der Spitzenkandidaten“ auf diesen Regionalkonferenzen fiel ins Wasser, da einzig Rico Gebhardt, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im sächsischen Landtag, seinen Hut in den Ring warf. Deshalb konzentrierte sich nun alles auf die Bestimmung der inhaltlichen Schwerpunkte zur Landtagswahl 2019 auf der Grundlage beim Landesvorstand eingereichter bzw. auf den acht Regionalkonferenzen im Oktober formulierter Thesen. Von Ende September bis zum 31. Oktober 2018 wurden insgesamt 156 verschiedene Thesen eingereicht (Eine Gesamtübersicht über alle eingereichten Thesen findet man auf der Internet-Seite des Landesverbandes). Am 1. November trat dann die Abstimmungskommission zusammen, die in einem mehrstündigen Prozess ihrer Aufgabe nachgekommen ist und 15 Thesen zur weiteren Diskussion und Abstimmung vorgelegt hat. Diese wurden auf weiteren fünf Regionalkonferenzen diskutiert. Schließlich sind die Abstimmungsunterlagen am 13. November in die Post gegangen. Diese müssen bis 30. November in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sein. In ihren Unterlagen finden alle Genossinnen und Genossen die 15 Thesen von „These 1: Wir setzen uns für einen barrierefreien, flächendeckenden, bedarfsgerechten und kostenfreien ÖPNV für ganz Sachsen ein“ bis „These 15: Wir stehen für einen konsequenten Kampf gegen menschenverachtende Ideologien, für ein weltoffenes und humanitäres Sachsen“. Die Thesen können von „1“ (ist mir besonders wichtig) bis „5“ (Ist mir gar nicht wichtig) präferiert werden. Die sieben am besten präferierten Thesen sind die inhaltlichen Schwerpunkte für das Landtags-Wahlprogramm.



In Vorbereitung auf die Europawahl führt DIE LINKE drei Regionalforen in Mannheim (04.11.), Berlin (24.11.) und Bielefeld (02.12.) durch. Auf ihnen wird die europapolitische Ausrichtung der LINKEN diskutiert. Die Ergebnisse sollen in die Erarbeitung des Europa-Wahlprogrammes der LINKEN einfließen.

anträge der linksfraktion im mittelsächsischen kreistag

Die 20. Sitzung des Kreistages Mittelsachsen findet am 5. Dezember statt. In Vorbereitung darauf kamen der Jugendhilfeausschuss am 5. November zu seiner 17. Sitzung und der Ausschuss für Umwelt und Technik am 7. November zu seiner 20. Sitzung zusammen. Am 12. November (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) fand die 28. Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses statt. Wir informieren in unserer heutigen Ausgabe über Anträge unserer Fraktion zum Kreistag und über die Beratung (öffentlicher Teil) des Jugendhilfeausschusses.

antrag unserer fraktion zum kreistag zur neuordnung der struktur der verbandsversammlung des zweckverbandes verkehrsverbund mittelsachsen (ZVMS)

Unser Landkreis ist Mitglied des Verkehrsverbundes Mittelsachsen (VMS) als einer von fünf Verkehrsverbänden in Sachsen. Derzeit werden alle inhaltlichen Dinge wie Tarife oder Strecken nur von den Mitgliedern der Verbandsversammlung beschlossen. Verbandsmitglieder sind jedoch nur die drei Landräte der beteiligten Landkreise Erzgebirge, Mittelsachsen und Zwickau, die Oberbürgermeisterinnen von Zwickau und Chemnitz sowie dem Geschäftsführer des ZVMS. Das finden wir nicht richtig. Denn uns fehlt hier eindeutig die demokratische Einflussnahme. Bei jeder Streckenschließung oder Buslinie steht uns dieses Konstrukt im Wege. Dass es auch anders geht, sieht man am Verkehrsverbund Oberelbe. Zeitgleich wurde der Antrag auch in den beiden anderen Landkreisen und Städten des VMS durch die jeweiligen Fraktionen der LINKEN eingebracht.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt den Landrat folgenden Änderungsantrag zur Satzung in die Verbandsversammlung einzubringen:

Der § 7: „Verbandsversammlung und Stimmrecht“ wird wie folgt neu gefasst:

1. Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen. Sie besteht aus
 - a) den Landräten der zum Verbandsgebiet gehörenden Landkreise und den Oberbürgermeisterinnen der Städte Chemnitz und Zwickau,
 - b) Kreis- bzw. Stadträten der Gebietskörperschaften, die nach jeder Kommunalwahl von den neu gebildeten Kreistagen bzw. Stadträten der Verbandsmitglieder aus deren Mitte für die Dauer der Wahlperiode durch Wahl bestimmt werden. Für jeden von ihnen ist ein Stellvertreter zu wählen, der den Verbandsrat bei dessen Verhinderung vertritt. Die jeweilige Anzahl der zu wählenden Kreis- bzw. Stadträte wird durch die Zahl der Einwohner bestimmt. (je 80.000 EW = 1 VR).
2. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme.
3. Die Vertreter der Verbandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Die Gewährung von Aufwandsentschädigungen ist durch Satzung zu regeln.
4. Bedienstete des Verkehrsverbundes Mittelsachsen (VMS) und Angestellte von Verkehrsunternehmen, die für den VMS tätig sind, können nicht Mitglied der Verbandsversammlung sein.

Begründung:

Die Verbandsversammlung des ZVMS ist im Gegensatz zu allen anderen Verbänden, in denen der Landkreis Mitglied ist (z. B. Regionaler Planungsverband, Abfallwirtschaftsverband) oder anderen Verkehrsverbänden in Sachsen (z.B. Verkehrsverbund Oberelbe) ohne Beteiligung von Kreis- und Stadträten. Es besteht nur die Möglichkeit, an öffentlichen Sitzungen als Gast teilzunehmen. Aus nichtöffentlichen Sitzungen gibt es keine Informationen an die Gremien. Dazu kommt, dass seit der kompletten Übertragung der Aufgaben des ÖPNV inkl. Schülerverkehr an den ZVMS die Gremien von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind. Ziel des Antrages ist es, ab der nächsten Legislatur die Transparenz des ZVMS zu erhöhen und Vertreter der Gremien wieder in die Leitungsprozesse einzubeziehen.

Laut der Geschäftsordnung des Kreistages Mittelsachsen muss der Antrag spätestens zur übernächsten Sitzung auf die Tagesordnung kommen. Wir rechnen damit, dass der Antrag im März 2019 behandelt wird.



Während man von Döbeln aus mit dem Zug noch Chemnitz, Riesa und Leipzig erreichen kann, hat sich die Natur in Geringswalde (mittleres Bild) und Rochlitz (Bild unten) die ehemaligen Flächen der Bahn längst zurückerobert.

antrag unserer fraktion zum kreistag: ein sozialticket für den öffentlichen personennahverkehr

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt, die Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV zu prüfen. Berechtigte sollen Personen sein, die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII erhalten. Die Prüfung soll sich auch auf die Nutzung möglicher Fördermittel erstrecken sowie ein Finanzierungskonzept beinhalten. Auf dieser Grundlage ist ein Beschlussvorschlag zu erarbeiten, der dem Kreistag im III. Quartal 2018 zur Entscheidung vorgelegt wird.

Begründung:

Der Hartz-IV-Regelsatz für einen Erwachsenen in einem Einpersonenhaushalt

verkehrsverbände in sachsen

für den Bereich Verkehr beträgt seit dem 01.01.2017 34,07 € und beinhaltet die Kosten für Bus, Bahn, Fahrrad, PKW und Arbeitssuche. Für einen Mehrpersonenhaushalt reduziert sich der Regelsatz pro Person nochmals erheblich. Auch für den weiteren Personenkreis, für den die Einführung eines Sozialtickets geprüft werden soll, stehen nicht ausreichend Mittel zur Verfügung, damit sie angemessen den ÖPNV benutzen können.

Dabei gibt es in Kommunen und Landkreisen z.B. Einen „Dresden-Pass“ (ab vollendetem 6. Lebensjahr). Inhaber können damit Fahrausweise zu einem Sozialtarif mit Rabatten von 25 – 50% erhalten.

In Leipzig gibt es die „Leipzig-Pass-Mobilcard“, mit welcher Inhaber über 43% im Vergleich zum günstigsten regulären Ganztages-Abo sparen. Berlin, Düsseldorf, Dortmund, Weimar und Erfurt haben ein Sozialticket; in Halle wird die Einführung geprüft.

In Chemnitz liegt dem Stadtrat ein entsprechender Antrag der LINKEN und vom Bündnis 90/Die Grünen vor. Den Kreistagen Erzgebirge und Zwickau liegen inhaltlich gleichlautende Anträge vor.

Durch die Mitwirkung unseres Landkreises sind alle Gesellschafter des ZVMS beteiligt.

Dieser Antrag wird zum Kreistag am 05. Dezember 2018 behandelt.

neues aus den ausschüssen (öffentlicher Teil)

Jugendhilfeausschuss

Bundesmittel für Investitionen in Kindertagesstätten:

Der Landkreis Mittelsachsen erhält für die Jahre 2019 und 2010 jeweils ca. 1,1 Millionen EUR Fördermittel für zusätzliche Betreuungsplätze oder solche, die ohne Erhaltungsmaßnahmen wegfallen würden. Beschränkt werden diese für Kinder von Geburt bis zum Schuleintritt. Der Höchstfördersatz bei den Bundesmitteln beträgt 75%. Der Landkreis beteiligt sich mit 10% an den Kosten aus allgemeinen Haushaltsmitteln.

Im April wurde alle freien Träger von Kindertageseinrichtungen im Landkreis Mittelsachsen angeschrieben. Bedarf wurde für 44 Maßnahmen angemeldet. Von diesen könne 18 Maßnahmen nicht für das Bundesprogramm berücksichtigt werden, weil sie entweder bereits für eine Förderung vorgesehen sind, Förderkriterien nicht erfüllt werden oder es sich um Maßnahmen für Hortplätze handelt.

Für die verbleibenden 26 Maßnahmen wurde ein finanzieller Bedarf in Höhe von 7,88 Mio. EUR ermittelt. Im Umkehrschluss können bedürftige Maßnahmen in Höhe von 5,73 Mio. EUR nicht bedient werden. Nach jugendhilfeplanerischer Prüfung der eingereichten Unterlagen wurde nur zwei Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen. Die anderen 24 Anträge gehen leer aus. Der Investitionsstau in den KITA-Einrichtungen des Landkreises wird somit immer größer.

Für folgende zwei Maßnahmen gab der Jugendhilfeausschuss seine Zustimmung:

1. In Bobritzsch-Hilbersdorf gibt es einen Ersatzneubau des Kindergartens „Sonnenkäfer“ für 54 Kindergartenplätze. Das Obergeschoss des KIGA wurde zum 01. Januar 2018 wegen des schlechten baulichen Zustandes gesperrt. Die Betriebserlaubnis für das Erdgeschoss läuft Ende 2019 aus. Die Reduzierung von 70 auf 54 Plätze sei bedarfsgerecht. Das diese Maßnahme umgesetzt wird ist wichtig und unstrittig.
2. Im Burgstädter Kindergarten „Lebensbaum“ handelt es sich um einen Anbau als Ersatzneubau an ein Bestandsgebäude. Platz soll für 75 Plätze, davon 10 neue Krippen und 5 neue Kindergartenplätze sowie 60 bestehende Plätze geschaffen werden.

Was mir auffällt, in beiden Fällen wurden in dem im Mai 2018 beschlossenen Teilfachplan keine Fehlbedarfe ausgewiesen. Auch auf die baulichen Mängel wurde im Ausschuss bisher nicht hingewiesen. Dabei ist die Problematik wohl in der Region sehr wohl bekannt und ging auch mehrfach durch die Presse. Aus diesem Grund möchte ich auch nochmals aufrufen, wenn solche Dinge bekannt sind, doch bitte über die Fraktion anzufragen. Wir gehen gern solchen Hinweisen nach, aber wenn nichts kommt, kann auch immer erst im Nachhinein gehandelt werden.

Ein Verkehrsverbund ist laut Definition „ein rechtlicher und organisatorischer Zusammenschluss von Gebietskörperschaften und/oder Verkehrsunternehmen zur gemeinsamen und abgestimmten Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)“. Landkreise, Kreisfreie Städte und Verkehrsunternehmen können sich zusammenschließen, um gemeinsam Planung, Abstimmung und Organisation des ÖPNV in den Regionen vorzunehmen. So wird eine kostengünstige, flächenübergreifende Gesamtorganisation des Verkehrs möglich. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Koordinierung zwischen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und straßengebundenem ÖPNV. Ziel ist der Nahverkehr „aus einem Guss“ - fließende Übergänge zwischen Schiene und Straße. Außerdem ermöglicht der Zusammenschluss zum Verkehrsverbund die Einführung eines einheitlichen Tarifs im gesamten Verbundraum unter dem Motto ‚Ein Fahrplan - Ein Fahrschein - Ein Fahrpreis‘. Damit würden die unterschiedlichen Tarife der einzelnen Verkehrsunternehmen entfallen, die Fahrpreisgestaltung würde übersichtlicher und kundenfreundlicher - soweit die Theorie.



- ZVV:** Verkehrsverbund Vogtland
- VMS:** Verkehrsverbund Mittelsachsen
- MDV:** Mitteldeutscher Verkehrsverbund (übergreifend nach Sachsen-Anhalt und Thüringen)
- VVO:** Verkehrsverbund Oberelbe
- ZVON:** Zweckverband Verkehrsverbund Oberlausitz - Niederschlesien

Die Karte der Verkehrs- und Tarifverbände in Deutschland gleicht einem Flickenteppich. In jedem Bundesland ist die Herangehensweise anders. So gibt es z.B. in **Bayern** insgesamt 27 Verbände mit bzw. ohne SPNV-Integration, weitere acht Verbände ohne Gemeinschaftstarif und zusätzlich 14 verbundfreie Städte und Landkreise, **Berlin und Brandenburg** sowie **Niedersachsen und Hessen** sind jeweils durch einen einheitlichen Verkehrsverbund komplett abgedeckt.

Sachsens Verkehrsminister Martin Dulig (SPD) strebt an, die fünf regionalen Verkehrsverbände in Sachsen in einer Verkehrsgesellschaft zusammenlegen. Er spricht dabei von einem Zeitraum von drei Jahren. Die gesetzlichen Grundlagen sollen geschaffen werden. Künftig soll eine zentrale Landesverkehrsgesellschaft entstehen. Dulig betonte, er wolle „lokale Egoismen“ überwinden. Denn bereits 2015 wurde durch den Landtag eine ÖPNV-Strategiekommision eingesetzt, die gemeinsam mit den Zweckverbänden Lösungsmöglichkeiten aufzeigen sollte, deren Umsetzung noch bis Ende dieser Legislaturperiode im kommenden Jahr erfolgen sollte. Nach den Worten Duligs war eine konkrete Umsetzung der von der Strategiekommision aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten mit den Vorsitzenden der Zweckverbände nicht möglich. Und bei den Vorsitzenden der Zweckverbände geht es um Landräte! Die CDU-Landtagsfraktion geht auf die Barrikaden, spricht bei der Bildung einer zentralen Landesverkehrsgesellschaft von einer Politik mit dem Holzhammer. (hw)

volksantrag in sachen gemeinschaftsschule - alle chancen für alle kinder

Am 29. September startete in Sachsen die Unterschriftenaktion für die Einführung der Gesamtschule. Das Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen - Länger gemeinsam Lernen“ hat zu der Aktion aufgerufen. Grundlage ist ein Gesetzentwurf der Initiative, nach dem das Schul- sowie das Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft im Freistaat um die neue Schulart ergänzt werden soll. Genossin Ruth Fritzsche berichtet in ihrem Kurzbeitrag auf Seite -2- darüber, mit welchem Engagement in Freiberg Unterschriften gesammelt werden. Das nebenstehende Bild unterstreicht es. Ziel der Initiative ist es, bis Weihnachten 40.000 Unterschriften für einen Volksantrag zu sammeln. Sollte dies erfolgreich sein, muss sich der Landtag innerhalb von sechs Monaten mit dem Volksantrag befassen.



Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im sächsischen Landtag, **CORNELIA FALKEN**, war am 7. November zu Gast in Döbeln. Sie stellte sich den Fragen

der Zuhörer und erklärte die Verfahrensweise zum Volksantrag. Cornelia Falken ist gelernte Grundschullehrerin und seit 14 Jahren Landtagsabgeordnete für die LINKE. Allein die LINKE - so Cornelia Falken - will bis zum 11. November 10 000 Unterschriften für den Volksantrag sammeln. Zum Volksantrag zum längeren gemeinsamen Lernen in Sachsen erklärte Cornelia Falken: „Die Linksfraktion begrüßt und unterstützt die aus der Bevölkerung kommende Initiative,

einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem längeren gemeinsamen Lernen in Sachsen zu unternehmen. Das fordern wir in Sachsen seit Jahren. Nach dem Vorbild des Nachbarlandes Thüringen sollen Schulen in Form des sogenannten Optionsmodells künftig selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie eine Gemeinschaftsschule gründen. Dazu wird das Einvernehmen mit dem Schulträger (z. B. der Gemeinde) hergestellt. ... Angestrebt wird kein Systemsturz - die Gemeinschaftsschule soll als gleichberechtigte weitere Schulart möglich sein. Die Schülerinnen und Schüler lernen dort auch nach der vierten Klasse gemeinsam, die frühe Trennung entfällt. ... Die Gemeinschaftsschule setzt auf kooperative Lernformen statt auf Frontalunterricht, Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus lernen miteinander und voneinander und werden individuell gefördert. Am Ende sind alle Abschlüsse möglich.“



Unterschriftensammlung am 8. November am Freiburger Obermarkt. Im Gespräch mit Freiburger Bürgern: Rechtsanwalt **MARTIN RASCHKE**, Vorsitzender des Kreiselterrates in Dresden (links), **RUTH FRITZSCHE** und **ALBRECHT TOLKE**.

„Hamburger Gitter“
Der G20-Gipfel als „Schaufenster moderner Polizeiarbeit“

Filmvorführung und Diskussion mit **Enrico Stange** und **Dr. Jana Pinka** (Mitglieder des Sächsischen Landtages)

20.11.2018, 18.30 Uhr
Schillerstraße 3,
09599 Freiberg
Eintritt frei!

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

31.000 Polizist*innen, brennende Autos, 20 Regierungen zu Gast - am 7. und 8. Juli 2017 fand der von massiven Gegenprotesten und einem martialischen Polizeieinsatz begleitete G20-Gipfel in Hamburg statt. Beherrschte anfangs die Schwarz-weiß-Malerei von gewaltbereiten, verummten „Chaoten“ und einer vorbildlich reagierenden Polizei die öffentliche Berichterstattung, so wurde nach und nach deutlich, dass die Behauptung des damaligen Hamburger Oberbürgermeisters Olaf Scholz (SPD), Polizeigewalt habe es nicht gegeben, nicht haltbar ist. Der Film „Hamburger Gitter“ dokumentiert zahlreiche Fälle unverhältnismäßigen und unrechtmäßigen Polizeihandelns, das sich eben nicht nur gegen gewaltbereite Demonstrant*innen,

sondern auch gegen die mehrheitlich friedlich Protestierenden sowie gegen Journalist*innen und gänzlich unbeteiligte Anwohner*innen richtete.

Viele hundert Stunden Filmmaterial, die während der Gipfelproteste entstanden, umrahmen die 17 Interviews mit Wissenschaftler*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen, aber auch dem Pressesprecher der Hamburger Polizei und einem Kriminalhauptkommissar. Er stellt die These auf, dass die Hamburger Ereignisse ein „Schaufenster moderner Polizeiarbeit“ seien. Spätestens nach der Verabschiedung des „härtesten Polizeigesetzes seit 1945“ in Bayern und der Debatte um ein ähnlich weitreichendes neues Polizeigesetz in Sachsen, scheinen die Filmemacher Recht zu behalten. Sondereinsatzkommandos mit Kriegswaffen in dicht bevölkerten Wohngebieten wären dann z.B. kein Sonderfall, sondern rechtlich abgesichertes Polizeihandeln in solchen Situationen.

Ist es verhältnismäßig und mit einem demokratischen Rechtsstaats vereinbar, Grundrechte, wie das der Demonstrationsfreiheit, aufgrund einer Minderheit für alle so stark einzuschränken, wie es in Hamburg geschehen ist? Gießt das neue sächsische Polizeigesetz eskalierendes Verhalten der Polizei in Gesetzesform?

Darüber und über weitere Fragen wollen Enrico Stange und Dr. Jana Pinka mit dem Publikum nach der etwa 80-minütigen Filmvorführung ins Gespräch kommen. Der Eintritt ist frei.

rico gebhardt zu gast in oederan



Zu einer öffentlichen Mitgliederversammlung und Diskussionsveranstaltung des Ortsverbandes Flöha der LINKEN am 26. Oktober waren auch die Genossinnen und Genossen aus Freiberg und Brand-Erbisdorf eingeladen. Rico Gebhardt, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag, sprach zum Thema: „Der Standpunkt der Partei DIE LINKE zum Einwanderungsgesetz“. In der sehr informativen Veranstaltung machte Rico Gebhardt seine Positionen deutlich und verwies darauf, dass man sich zur Einwanderungspolitik auch im Kreis der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN noch keine abschließende Meinung gebildet habe. Am 16. und 17. November soll auf einer Konferenz unter dem Motto „Menschlichkeit statt Abschottung“ ein Konzept eines linken Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzes beraten werden.

peter pöschmann aus döbeln zu auswirkungen der novemberrevolution 1918

Lieber Genosse Grunke,

deinen Artikel zur Novemberrevolution 1918 in Deutschland in der Oktober-Ausgabe habe ich mit Gewinn studiert, vor allem, was die Chronologie der Ereignisse angeht. Ich stimme dir zu, dass die Novemberrevolution durchaus nicht als misslungen bezeichnet werden kann, denn es entstand nach dem Sturz der Monarchie der bürgerlich demokratische Staat, die „Weimarer Republik.“ die den Geschichtsverlauf nicht nur bis 1933 prägte. Dein Versuch, den Verrat an der sozialistischen Revolution durch die SPD Führung dadurch zu entkräften, die SPD hätte die sozialistische Revolution nicht angestrebt und deshalb auch nicht verraten, ist in diesem Punkt zwar richtig, hatte aber für die internationale revolutionäre Entwicklung verhängnisvolle Folgen.

Dabei haben die kommunistischen Bewegungen in Europa sozialdemokratische Wurzeln. Aber spätestens bei der Machtfrage: „wer, wen und wie?“ scheiden sich die Geister. Die leninschen Bolschewiki, bedingt durch die katastrophale Lage in Russland 1917, wiesen einen Weg: Schaffung einer revolutionären marxistischen Partei, Enteignung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten und als notwendige Übergangsform zum Sozialismus die Diktatur des Proletariats.

Aber die führenden marxistischen Theore-

tiker der deutschen Sozialdemokratie, Karl Kautsky und Eduard Bernstein, lehnten den gewaltsamen Bruch mit der Kapitalistenklasse ab. Der „Sündenfall“, der SPD, außer Karl Liebknecht, war die Bewilligung der Kriegskredite 1914. Lenins Hoffnung, dass die sozialistische Oktoberrevolution nach Europa überspringt und damit die am weitesten entwickelten Staaten ergreift, erfüllte sich nicht. Ganz im Gegenteil: in den Interventionskriegen von 1918 -1920 überfielen 14 imperialistische Länder das, durch die Konterrevolution zerrüttete, revolutionäre Rußland. Aber die Bolschewiki siegten und beschritten den Weg des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ mit all den verhängnisvollen Folgen des Stalinismus. Aber auch hier besiegt die sozialistische Sowjetunion unter unsäglichen Opfern den Faschismus, der vorher alle demokratischen Staaten Europas unter seine Herrschaft zwang. Die in der Revolution von 1918 siegreiche SPD unterdrückte die revolutionären sozialistischen Aufstände in Kiel, Berlin, Sachsen und Bayern mit Hilfe der Reichswehr und der faschistischen Freikorps, ermordete ihre Führer und wurde so zum „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“. Einig waren sie sich in einem latenden Antikommunismus, den Thomas Mann „die Grundtöne des 20. Jahrhunderts“ nannte. Er überdauerte auch die Zeit des Faschismus, obwohl Hitler und seine Auftraggeber Kommunisten und

Sozialdemokraten gleichermaßen verboten, verfolgten und umbrachten.

Als 1945 die Gelegenheit zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse heranreife. wurde sie mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte unter dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schuhmacher verhindert.

Interessant ist, dass die SPD von 1946 bis 1987 drei Vorsitzende hatte, aber nach dem scheinbaren Ende des Kalten Krieges, als das Feindbild Kommunismus/Stalinismus nicht mehr aktuell war, 13 Parteivorsitzende verschlissen hat. Bezeichnenderweise halbierte sich auch die Mitgliederzahl der SPD nach dem Sieg über das sozialistische Staatensystem. Es ist vollbracht, haben sie gedacht.

Das Verbot der KPD 1956 ist historisch nur mit dem Verbot der KPD durch das faschistische Regime 1933 zu vergleichen.

Der Antikommunismus wird heute durch die Totalitarismustheorie der deutschen Philosophin Hannah Arendt befeuert, der alle Revolutionäre der Geschichte von Robespierre über Lenin, Stalin, Hitler, Mao Tse Tung, Kim Ir Sen, Pol Pot bis Fidel Castro als Blutsäufer klassifiziert, ihnen etwa 100 Millionen Tote zuordnet und damit die historischen Verbrechen, die die Ausbeuterklassen im Bündnis mit der Kirche begingen, bagatellisiert. Dieser modernen Form des Antikommunismus fühlt sich die SPD-Führung bis heute verpflichtet. Dabei

hat sie vergessen, dass ihr Klassenauftrag ursprünglich die Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Ausbeutung war und nicht der Erfüllungsgehilfe des Kapitals. Das letzte Lebenszeichen der alten SPD war der Aufruf von Martin Schulz zu „mehr sozialer Gerechtigkeit“, der die Partei zu einem Zustimmungshoch von über 30% katapultierte, der aber dann vor den Appell an die nationale Verantwortung durch den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier einknickte.

Heute scheinen die klassischen Parteien im Nebel der Geschichte zu verschwinden. Die Nachkriegspolitik des Westens, unter der Führung der USA, ist „nicht mehr obsolet“. Die rechte Opposition wird in Europa salonfähig. Die LINKE stagniert und die SPD verliert an der Seite der Union ihren Anspruch, eine Volkspartei zu sein. Die Wahlen in Bayern und Hessen haben das unübersehbar dokumentiert. Auch das könnte eine Langzeitfolge der „nicht verratenen“ Novemberrevolution sein. Die SPD muss sich an Geist und Gliedern in der Opposition erneuern, wenn sie ihren stozen Ruf als Partei von August Bebel und Wilhelm Liebknecht wiederherstellen will.

Bei Schiller lesen wir im „Wallenstein“: „Das ist eben der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend immer Böses muss gebären!“ Nun gut: Friedrich Schiller kannte die SPD nicht, aber recht könnte er haben.

erklärung der historischen kommission zur gründung der kpd - teil 2

Die Märzaktion des Jahres 1921, ein bereits vom Ansatz her zum Scheitern verurteilter bewaffneter Aufstandsversuch, dem vor allem den innen- und außenpolitischen Interessen Sowjetrusslands dienen sollte, machte deutlich, dass es jenen Kräften innerhalb der KPD, die ein alternatives Politikverständnis, auch und gerade im Verhältnis zur Weimarer Republik, verfochten, zu keinem Zeitpunkt gelang, nachhaltigen Einfluss auf die Geschicke der Partei zu nehmen. Der Parteiausschluss von Paul Levi, dem entschiedensten Gegner des bolschewistischen Parteimodells innerhalb der KPD, im Mai 1921 wurde so zum Menetekel.

Entscheidend für das Schicksal der KPD war und blieb ihre Verankerung und Einbindung in die Kommunistische Internationale, die am 5. März 1919 in Moskau gegründet worden war. Rosa Luxemburg hatte vergeblich davor gewarnt, die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 als »erhabenes Muster der sozialistischen Politik« zu betrachten. [1] Doch unter den gegebenen Bedingungen war es unvermeidlich, dass »Moskau« zum Zentrum und zur unangefochtenen Führungsmacht der internationalen kommunistischen Bewegung wurde, wobei die KPD und ihr

Spitzenpersonal gleichermaßen Subjekt wie Objekt des Wirkens der kommunistischen »Weltpartei« waren. Denn hochrangige Funktionäre der KPD nahmen zu jeder Zeit wichtige Positionen in der Führung der Kommunistischen Internationale ein und trugen damit Verantwortung für die Formulierung und Umsetzung der jeweiligen politischen Vorgaben.

Mit der schrittweisen Umwandlung der Kommunistischen Internationale von einem Zusammenschluss kommunistischer Parteien zu einem Instrument der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik wurde die KPD – die größte und wichtigste Kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion – mehr und mehr zu einem Spielball der Machtkämpfe innerhalb der Führung der Sowjetunion. Sie spiegelte ihrerseits diese Machtkämpfe in innerparteilichen, zum Teil sehr persönlich geführten Auseinandersetzungen wider.

Mit der Bildung von Arbeiterregierungen – Koalitionsregierungen aus Sozialdemokraten und Kommunisten – im Herbst 1923 in Sachsen und Thüringen unternahm SPD und KPD ernsthafte Schritte zu einer sachpolitisch basierten Annäherung, die in der Perspektive großen Einfluss auf das Verhältnis der beiden

Arbeiterparteien und damit das Schicksal der Weimarer Republik hätte haben können. Doch die Arbeiterregierungen scheiterten am gewaltsamen Widerstand der Reichsbehörden, der vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten und von der Spitze der SPD nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich befördert wurde, und an der Unfähigkeit und Unwilligkeit der Führung der Kommunistischen Internationale und der Führung der KPD, in den Arbeiterregierungen mehr zu sehen als lediglich kurzfristig wirksame Instrumente zur Vorbereitung einer »deutschen Oktoberrevolution«.

Der gescheiterte »Deutsche Oktober« 1923 war der letzte Versuch eines bewaffneten Aufstandes zur Übernahme der politischen Macht. Er stürzte die KPD in eine existenzbedrohende Krise, in deren Ergebnis erneut linksradikale Kräfte die Führungspositionen der Partei besetzten. Mit der von Ruth Fischer und Arkadi Maslow ab dem Frühjahr 1924 betriebenen »Bolschewisierung« der KPD, die ein zeitweise distanzierendes Verhältnis zur Führung in Moskau nicht ausschloss, die Partei aber wieder in die politische Isolierung trieb, wurden die Reste der innerparteilichen Demokratie endgültig zerstört und jene Mechanismen der innerparteilichen

Auseinandersetzung etabliert, mit denen Fischer und Maslow im Sommer 1925 zunächst aus ihren Funktionen und in der Folge aus der Partei selbst »entfernt« wurden.

Auch und gerade unter der Führung von Ernst Thälmann, der im August 1925 auf Drängen der Moskauer Führungsgremien die Spitzenfunktion in der deutschen Partei übernahm, erwies sich die KPD als unfähig, einen Ausweg aus dem selbstverschuldeten Dilemma zu finden, in einer nichtrevolutionären Zeit revolutionäre Politik betreiben zu wollen. Realpolitische Ansätze wie die Teilnahme am Volksbegehren und am Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenthümer im Verlaufe des Jahres 1926 blieben die Ausnahme. Die Tatsache, dass die KPD in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zunehmend zu einer Partei der Arbeitslosen wurde, in der Arbeiter, die »in Lohn und Brot standen, nur eine Minderheit darstellten, beschränkte die Handlungsmöglichkeiten der KPD auch objektiv.

[1] Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4 (DDR), 1974 S. 332-365, hier: S. 335.

zur novemberrevolution 1918 in sachsen

von ACHIM GRUNKE

Nachdem am 3./4. November 1918 die Kieler Matrosen das Signal für die deutsche Novemberrevolution gegeben hatten, erreichte die Revolution auch Sachsen. Nach dem Kieler Vorbild hatten am 6. November die Soldaten der Fliegerkaserne in Großenhain rebelliert. Zwei Tage später entwaffneten Arbeiter in Leipzig die Polizei, in Chemnitz riefen sie die „sozialistische Republik“ aus. Schließlich erfassten die Proteste auch die Hauptstadt Dresden. Am 10. November drangen Revolutionäre in das Königliche Residenzschloss ein. Sie hissten als Zeichen des Sieges der Revolution die rote Fahne und hielten das Ereignis im Hoftagebuch fest: „Am heutigen Tage wurde auf dem bisherigen königl. Schloss das Banner der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gehisst. Es war mittag 12:45 Uhr.“

angestauter unmut

Über die Jahre hatte sich in dem so behaglich und vertraut scheinenden Königreich Sachsen politischer und sozialer Zündstoff angesammelt. Die herrschende Elite hatte lange darauf hingewirkt, ihre Machtpositionen zu befestigen. Als die SPD 1893 mit Erfolg 14 Landtagsmandate errungen hatte, taten sich die bürgerlichen Parteien zusammen und beschlossen 1896 die Einführung des Dreiklassenwahlrechts nach preußischem Vorbild. Das führte dazu, dass die Sozialdemokraten im Landtag bald nicht mehr vorhanden waren: 1901 verlor sie ausgerechnet in ihrer Hochburg Sachsen ihr letztes Mandat in der Zweiten Kammer des Landtags. Erst zwischen 1903-1907 waren sie trotz eines Stimmenanteils von durchschnittlich etwa 45 % mit nur einem einzigen Abgeordneten in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags vertreten. „Sachsen verfügte damit über das wohl undemokratischste Wahlsystem in Deutschland.“ (Reiner Groß, Geschichte Sachsens, Edition Leipzig 2002, S. 241)

Die Radikalisierung der Sozialdemokratie und auch die Unzufriedenheit der bürgerlich-liberalen Parteien mit diesem Wahlsystem führten 1909 zu einer Wahlrechtsreform, bei der als unzulänglicher Kompromiss das sog. Pluralwahlrecht eingeführt wurde und damit das Dreiklassenwahlrecht abgemildert wurde. Bei den am 21. Oktober 1909 letztmalig im Königreich stattfindenden Wahlen errangen in der Zweiten Kammer die Sozialdemokraten 25 Sitze, die Konservativen 29, die Nationalliberalen 28 und die Freisinnigen 8 Sitze. „Sachsen galt jedoch trotz starker Sozialdemokratie und einflussreicher Gewerkschaften gleichzeitig als Hort der Reaktion, wo einflussreiche konservative Kreise ein restriktives Wahlrecht bis zum Ersten Weltkrieg erfolgreich verteidigten.“ (Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, <https://infoseiten.slpb.de/geschichte/sachsen/ueberblick/1871-1918/das-rote-koenigreich>)

Zum Ende des Krieges 1918 hatte sich auch die soziale Situation weiter zugespitzt, die Lebensmittelversorgung wurde immer katastrophaler, sodass der Funke der Revolution auch in Sachsen leicht zu entzünden war. Die angespannte wirtschaftliche und soziale Lage hatte bereits seit 1915 in Sachsen zu Protesten, Streiks und politischer Radikalisierung geführt. Friedensdemonstrationen am 1. Mai 1915 in Pirna, Dresden und Leipzig gaben den Impuls für wei-

tere Streiks und Demonstrationen in Leipzig, Chemnitz und Dresden. Und der Januarstreik von 1918 überzog auch die sächsischen Industriegebiete.

die revolution in sachsen

Ähnlich wie in Berlin, versuchte die Machtelite zunächst eine „kontrollierte Machtüberleitung“, um die revolutionäre Stimmung aufzufangen. In einer Krisensitzung des Innenministeriums am 14. Oktober 1918 hatte der leitende Beamte Geheimrat Dr. Walter Koch ohne Umschweife festgestellt, dass man sich „augenblicklich mitten in der Revolution“ befände. Ratschläge zu einem härteren Vorgehen gegen Protest- und Streikaktionen lehnte Koch entschieden ab, um nicht noch mehr „Öl ins Feuer“ zu gießen.

Mit wohlkalkuliertem Vorgehen berief der König am 26. Oktober den Nationalliberalen Rudolf Heinze zum neuen Regierungschef, wodurch die Macht vorerst in die Hände der Bürgerlichen fiel. Am 1. November erhielt die SPD zwei Ministerposten in der neuen Regierung. Geheimrat Koch hatte ja in der Krisensitzung empfohlen, der SPD „ausreichend große Erfolge auf dem innenpolitischen Gebiet zu erlauben“, damit sie „die breiten Massen in der Hand behalten“ könne. Der Versuch einer „Machtüberleitung von oben“, um so die Revolution zu verhindern, musste am Ende misslingen. Soldaten der Fliegerkaserne in Großenhain hatten am 6. November Funkmeldungen über den Kieler Matrosenaufstand aufgefangen. Noch am selben Tage wählten die dreitausend Fliegersoldaten den ersten Soldatenrat Sachsens und stellten am Tag darauf sämtliche Offiziere unter Arrest. Am 8. November verkündeten sie mit der örtlichen SPD die Übernahme der politischen Macht und warfen anschließend Flugblätter über Dresden ab, in denen sie dazu aufforderten, dem Kieler und Großenhainer Beispiel zu folgen.

Das Hauptgeschehen der Revolution in Sachsen konzentrierte sich auf die drei Großstädte Leipzig, Chemnitz und Dresden.

Bereits am 4. November hatten Soldaten spontan begonnen, auf dem Altmarkt in Dresden gegen unzulängliche Verpflegung und Unterkünfte zu demonstrieren. Obwohl noch in den folgenden Tagen mehrere Protestkundgebungen von der Polizei aufgelöst wurden, stieg die Spannung weiter an. Als dann die Großenhainer Flieger ihre Flugblätter über der Residenzstadt abwarfen, schien ein Umsturz immer näher zu rücken. Nachdem das Generalkommando eingestanden hatte, nicht mehr über zuverlässige Truppen zu verfügen, wurde dem König geraten, sich nach Schloß Moritzburg abzusetzen. Vorher hatte er noch verfügt, die Waffenanwendung zu unterlassen. Am 8. November besetzten die Demonstranten, angeführt von Soldaten, militärische Stützpunkte in der Stadt und zwangen das Generalkommando zur Kapitulation. Am Abend des 9. November verschmolzen die SPD und die USPD ihre separaten Arbeiterräte zu einem paritätisch besetzten „Vereinigten Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresdens“, der dann „die soziale Republik Sachsen“ ausrief.

Am 8. November siegte in Leipzig als erster sächsischer Großstadt die Revolution. Das geschah nicht von ungefähr, hatte hier die USPD doch ihre Hochburg. Da auch das Leipziger Generalkommando sofort kapitulierte, konnte der sich konstituierende provisorische Arbeiter- und Soldatenrat, der von der USPD kontrolliert wurde, die Macht übernehmen. Der Arbeiter- und

Soldatenrat ergriff zielstrebige Maßnahmen, um seine Machtposition zu sichern und auf ganz Westsachsen auszubreiten. Es folgten ein dreitägiger Generalstreik, Entwaffnungsaktionen und die Bildung einer eigenen Sicherheitstruppe.

Am 8. November wurden Chemnitz und andere Städte Sachsens von der revolutionären Bewegung ergriffen. In Chemnitz wurde ein vorläufiger Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der aus jeweils zehn Vertretern der SPD, USPD und der Soldaten bestand.

Unter dem Druck der Ereignisse dankte am 13. November der letzte sächsische König Friedrich August III. ab und verzichtete auf den sächsischen Königsthron. Am gleichen Tag konstituierte sich der „Zentrale Arbeiter- und Soldatenrat für Sachsen“, nachdem Vertreter der Leipziger und Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenräte und die Führung der Dresdner SPD mehrere Tage dazu verhandelt hatten.

Am 15. November bildete der „Zentrale Rat“ eine Revolutionsregierung aus SPD und USPD, den „Rat der Volksbeauftragten“. Otto Rühle und Fritz Heckert hatten wie Karl Liebknecht eine Teilnahme an der Regierung abgelehnt und folgten dem Beispiel der Berliner Spartakusgruppe, da sie meinten, mit der „revolutionsfeindlichen“ SPD verbinde sie nichts Gemeinsames. Damit isolierten sie sich jedoch selbst und verzichteten darauf, ihre politischen Ziele in der neuen Regierung zur Sprache zu bringen. Sie gerieten so an den Rand des politischen Geschehens und überließen den anderen die Gestaltungsmöglichkeiten.

Während der ganzen Zeit hatte die alte Regierung und Verwaltung die Geschäfte weitergeführt. Jedoch musste die Revolutionsregierung die alte Regierung regelrecht zur Übergabe der Geschäfte zwingen. Mit einem „Aufruf“ umriss die Revolutionsregierung am 18. November ihr Reformprogramm. Sie machte es sich zur Aufgabe, „das Land über die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage hinauszuführen, die demokratischen Errungenschaften sicherzustellen und wirtschaftliche Umgestaltungen nach sozialistischen Grundsätzen zu verwirklichen“. Die Regierung sicherte Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit zu, erklärte die Aufhebung der Gesindeordnung, die Wiedereinführung der Arbeitsschutzbestimmungen, die Einführung des Achtstundentages, die Abschaffung des Religionsunterrichts in der Schule, die Modernisierung der Rechtspflege und eine Amnestie für Personen, „die aus Notlage sich gegen Gesetze oder Kriegsverordnungen vergangen haben“.

Die Anstrengungen um Sozialisierung, die von der der USPD ausgingen, wurden von der SPD halbherzig toleriert, um die Protestbewegung nicht unnötig zu enttäuschen. Tatsächlich gab es kaum Ansätze dafür, was auf Sozialisierungsmaßnahmen hingedeutet hätte. Von der politischen Abteilung des Innenministeriums wurden die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte unter Beobachtung gestellt und deren Befugnisse ausdrücklich auf die Durchführung der Verordnungen der Zentralbehörden beschränkt. Änderungen in der Verwaltung und im Verwaltungspersonal auf lokaler Ebene wurden abgelehnt und wenn bereits geschehen, dann wieder rückgängig gemacht. Ende des Jahres wurden die Wahlen zu einer Landesvertretung, der „Volkskammer“, für den 2. Februar 1919 festgelegt. Bis Mitte Januar 1919 war die Revolution in Sachsen relativ friedlich und ohne Gewaltexzesse verlaufen. Das sollte in den kommenden Monaten und Jahren bis 1923 nicht mehr so bleiben.

wahlstab aktuell

Der Kreisvorstand führte seine turnusmäßige Sitzung am 14. November, dem Tag der Auslieferung der LinksWorte, durch. Wir werden in unserer Dezember-Ausgabe über die Ergebnisse der Beratung informieren.

An dieser Stelle Kurzinformationen aus der Sitzung des Wahlstabes vom 7. November.

- Erster Entwurf zur Finanzplanung der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen. Die benötigten Finanzmittel werden im Finanzplan des Kreisverbandes eingestellt, der am 14. November im Kreisvorstand beraten wird.
- Bestätigung der Terminleiste zur Wahlvorbereitung. Der Wahlkampfauftakt soll mit Veranstaltungen in Freiberg, Döbeln und Mittweida erfolgen. Am 23. Mai - drei Tage vor der Europa- und Kommunalwahl - wird die Parteivorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, ganztags Gast des mittelsächsischen Kreisverbandes sein.
- Empfehlung an den Kreisvorstand, den Kreisparteitag (gleichzeitig Kreiswahlversammlung) am 2. März 2019 durchzuführen. Der Ort ist noch festzulegen.
- Stand der Gewinnung von Kandidierenden für die LINKE im Kreistag und in den Kommunalparlamenten. Der gegenwärtige Stand ist noch unbefriedigend.

unsere jubilare



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

Im dezember 2018 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

URSULA HEINTZE	geb. am 01.12.1929,	in Döbeln
RUTH FRITZSCHE	geb. am 01.12.1926,	in Freiberg
RUTH BIRNDT	geb. am 02.12.1931,	in Freiberg
GERHARD LICHTENBERGER	geb. am 03.12.1929,	in Flöha
DIETMAR VOGEL	geb. am 05.12.1958,	in Hartmannsdorf
GÜNTER TIMMRECK	geb. am 10.12.1933,	in Mittweida
INGE SCHUBERT	geb. am 12.12.1934,	in Freiberg
LUISE MATTHES	geb. am 13.12.1920,	in Weißenborn
GERTRAUD HEINRICH	geb. am 16.12.1926,	in Waldheim
ANNI DREHSEL	geb. am 16.12.1929,	in Flöha
IRMGARD JUNGHANSS	geb. am 16.12.1922,	in Burgstädt
RALF HEINZE	geb. am 16.12.1937,	in Roßwein
WERNER HOFFMANN	geb. am 17.12.1936,	in Burgstädt
MANFRED RANFT	geb. am 22.12.1933,	in Hainichen
HEINZ-DIETRICH ZIMMERMANN	geb. am 25.12.1948,	in Niederwiesa
LOTHAR FICHTNER	geb. am 25.12.1934,	in Mühlau
DORIS PROKSCH	geb. am 27.12.1927,	in Frankenberg
FERDINAND SCHNEIDER	geb. am 29.12.1943,	in Döbeln
ALFRED DEIERLEIN	geb. am 19.12.1931,	in Flöha

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir diese Liste künftig eigentlich nur bei Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) erscheinen wollen, bittet die Redaktion um Information.

jahrestage im dezember 2018

11.12. 1843: Robert Koch (Mediziner) in Clausthal geboren.

11.12. 1918: Alexander I. Solschenyzyzn (Schriftsteller) geboren.

16.12. 1918: Erster Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin.

23.12. 1918: Helmut Schmidt (SPD, Bundeskanzler) geboren.

23./24.12. 1918: Weihnachtskämpfe in Berlin gegen die revolutionären Matrosen.

30.12. 1918: Beginn des Gründungsparteitages der KPD in Berlin.

30.12. 1928: In Berlin tagt die 1. Reichskonferenz der KPD (Opposition).

11.12. 1948: Die verschiedenen liberalen Landesverbände der Westzonen schließen sich zur F.D.P. zusammen. Vorsitzender wird Theodor Heuss.

13.12. 1948: In der sowjetischen Besatzungszone wird die Kinderorganisation „Junge Pio-

niere“ gegründet.

01.12. 1958: In Ludwigsburg wird die Zentralstelle der Landesjustizverwaltung zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen eingerichtet.

5. - 13.12. 1958: Erste Allafrikanische Völkerkonferenz in Accra (Ghana) mit 300 Delegierten.

21.12. 1968: Erster Flug von Menschen zum Mond (Apollo 8).

14.12. 1988: Die Volkskammer der DDR beschließt die Einführung von Verwaltungsgerichten auf unterer Ebene.

21.12. 1988: Über Lockerbie explodiert in einem Verkehrsflugzeug eine Bombe. Beim Absturz sterben 259 Menschen. Die Urheberschaft übernimmt die Organisation der Wächter der islamischen Revolution.

15.12. 1998: Unterzeichnung des GATT-Abkommens über die Liberalisierung des Welthandels.

05.12. 2013: Nelson Mandela verstorben.

Eintritt
frei!

Informationsveranstaltung

**Misch
dich ein –
Lust auf
Stadtrat**

Referenten:
Sabine Pester
Stadträtin in Chemnitz
Dr. Torsten Bachmann
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Stadtrat Mittweida
Do 22.11.2018



terminübersicht

november 2018:

- 13.11. „Lust auf Stadtrat“
Veranstaltung im Jugendhaus Roßwein
- 22.11. 18:00 Uhr „Lust auf Stadtrat“
Veranstaltung in der Gaststätte Schwanenschlösschen, Mitweida
- 14.11. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße
- 16./17.11. Konferenz der LINKEN für eine solidarische
Einwanderungspolitik
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

dezember 2018:

- 19.12. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg Lange Str. 34



von **SABINE PESTER**

Am 18. Oktober war **RENÉ JALASS** zu Gast in Mittweida. Als Sprecher für Wissenschafts- und Hochschulpolitik der Landtagsfraktion wollte er mit Studierenden der Hochschule Mittweida ins Gespräch kommen - erst bei einem Infostand an der Mensa und nachmittags in einem kleinen Café zu einer Plauderstunde (siehe dazu das obige Bild). Und das Interesse bei den Studierenden war da. Größtes Thema war die Beteiligung von Studierenden an der Hochschulpolitik. So gibt es zum Beispiel zwar gewählte Fachschaftsräte, aber diese haben zum Teil noch nicht einmal eigene Räume, wo sie Sprechstunden und Beratungsgespräche durchführen können. Aber auch wie sich DIE LINKE eine optimale Hochschulpolitik vorstellt, wurde eifrig diskutiert. Insgesamt war es ein gelungener Tag der sicherlich fortgeführt wird.



Kommunalwahl 2019

**Anpacken.
Mitmachen.
Kandidieren!**

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren teuren Verstorbenen

BODO KÜRSCHNER aus Hainichen

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.